

Tamedia Nachbefragung



Tamedia Nachbefragung

Eidgenössische Volksabstimmungen vom 25. November 2018

Auswertungsbericht

Sperrfrist: 27. November 2018, 06.00 Uhr

1	Stimmenscheid nach Geschlecht	5
2	Stimmenscheid nach Alter	7
3	Stimmenscheid nach Parteien	10
4	Stimmenscheid nach Wohnort	13
5	Stimmenscheid nach Bildung	14
6	Stimmenscheid nach Einkommen	15
7	Stimmenscheid nach Links-Rechts Einordnung	16
8	Stimmenscheid nach Vertrauen in den Bundesrat	18
9	Argumente für und gegen die Selbstbestimmungs-Initiative	20
10	Argumente für und gegen die Hornkuh-Initiative	21
11	Argumente für und gegen das Gesetz zur Überwachung von Versicherten	22
12	Zusatzfragen zu der Selbstbestimmungsinitiative und dem Uno-Migrationspakt	23
13	Zusatzfragen Sonntagszeitung (Bundesratswahlen)	24
14	Technische Details	25
15	Statistische Unschärfe	25

Projektkoordination: Daniel Waldmeier, daniel.waldmeier@20minuten.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,

Lucas Leemann, leemann@leewas.ch & Fabio Wasserfallen, wasserfallen@leewas.ch

Weiterführende Informationen zu den Tamedia Umfragen: www.tamedia.ch/umfragen

Generelle Informationen zu online und modellbasierten Umfrageanalysen: www.leewas.ch

© LeeWas GmbH und Tamedia AG, 2018



Tamedia-Nachbefragung: SBI überzeugte nur die SVP-Wähler

66 Prozent lehnten die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) am Sonntag ab. Die Tamedia-Nachbefragung macht deutlich, dass die SVP bloss die eigene Basis für ihr Anliegen begeistern konnte. Die Vorlage fand weder in der Stadt noch auf dem Land eine Mehrheit. Die ebenfalls abgelehnte Hornkuh-Initiative kam derweil bei Städtern sehr gut an.

Zürich, 27. November 2018 – Die Schweizer Mediengruppe Tamedia hat auf ihren Newsportalen eine titelübergreifende Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 25. November durchgeführt. 9'120 Personen aus der ganzen Schweiz haben zwischen dem 23. und 25. November online an der Umfrage teilgenommen. Der Fehlerbereich liegt bei 2,4 Prozentpunkten.

SVP gegen den Rest

Wie die Tamedia-Nachbefragung zeigt, konnte die SVP mit der SBI praktisch nur bei der eigenen Basis punkten: 83 Prozent ihrer Anhänger legten ein Ja in die Urne. Mit zunehmender Dauer des Abstimmungskampfes hat sich die Ablehnung bei den Wählern der übrigen grösseren Parteien verstärkt. So stimmten am Ende nur noch 18 Prozent der FDP-Wähler für die SBI, noch tiefer fiel der Ja-Anteil bei den Anhängern der Parteien links des Freisinns aus.

Auch auf dem Land und in der Agglomeration, wo Anliegen der SVP vielfach auf mehr Unterstützung stossen als in der Stadt, schickten 64 beziehungsweise 66 Prozent die SBI bachab. Stimmberechtigte mit einem Abschluss einer Universität oder Fachhochschule (83 Prozent Nein) lehnten die Vorlage stärker ab als solche mit einer Berufslehre (60 Prozent Nein).

Stimmberechtigte beurteilen SVP-Kampagne kritisch

Die Hauptargumente für ein Nein waren laut der Umfrage, dass die Initiative die Menschenrechte schwäche und die Schweiz schon heute selbst entscheide, welche internationalen Verträge sie eingehen. Das mit Abstand stärkste Argument aus Sicht der Ja-Stimmenden war, dass es zentral sei für das Funktionieren der direkten Demokratie, dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt würden.

Zu reden gegeben hatte im Abstimmungskampf auch die leise Hauptkampagne der SVP. Die Stimmberechtigten beurteilten diese mehrheitlich kritisch: Nur 25 Prozent gefiel der neue Stil, während ihn 41 Prozent als nicht glaubwürdig taxierten. 12 Prozent fanden die Kampagne zu brav. 22 Prozent taten keine Meinung kund.

Hornkuh-Initiative fiel auf dem Land durch

Die Hornkuh-Initiative wurde nach gutem Start in die Kampagne mit knapp 55 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Von den Wählern der grösseren Parteien stimmten einzig jene der Grünen mehrheitlich zu (69 Prozent Ja). Schon bei der SP-Wählerschaft fand das Begehren von Initiant Armin Capaul keine Mehrheit mehr (47 Prozent Ja).

In der Frage tat sich ein Stadt-Land-Graben auf: Während auf dem Land nur 39 Prozent ein Ja auf den Stimmzettel schrieben, waren es in der Stadt immerhin 51 Prozent. Auch stimmten Frauen (49



Prozent Ja) eher zu als Männer (41 Prozent Ja).

Bürgerliche Wähler für Sozialdetektiv-Vorlage

Die neue gesetzliche Grundlage zur Überwachung von Sozialversicherten, die mit knapp 65 Prozent Ja deutlich angenommen wurde, wurde von den bürgerlichen Wählern klar unterstützt: So stimmten 69 Prozent der CVP-Sympathisanten zu, bei jenen der SVP waren es gar 83 Prozent. Die Behördenvorlage fiel einzig bei den Wählern von SP und Grünen durch.

Umfassende Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die Tamedia-Abstimmungsumfragen werden in Zusammenarbeit mit den Politikwissenschaftlern Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Sie gewichten die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen, sodass die Stichprobe der Struktur der Stimmbevölkerung entspricht. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Tamedia Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

Romandie: 20 minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche

Tessin: 20 minuti

Kontakt

Roman Hess, Medienverantwortlicher Tamedia

+41 44 248 42 45, roman.hess@tamedia.ch

Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 9'120 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichteten Antworten von UmfrageteilnehmerInnen (7'393 aus der Deutschschweiz, 1'347 aus der Romandie und 380 aus dem Tessin).

- Umfragezeitraum: 23. – 25. November 2018
- Auswertungsdatum: 23. – 26. November 2018
- Maximaler Stichproben-Fehlerbereich: ± 2.4 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



1 Stimmenscheid nach Geschlecht

Tabelle 1: Selbstbestimmungs-Initiative

	Männer	Frauen
Ja	35	33
Nein	65	67
Statistische Unschärfe (\pm)	2	4

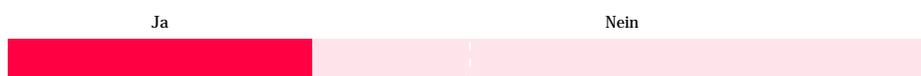


Tabelle 2: Hornkuh-Initiative

	Männer	Frauen
Ja	41	49
Nein	59	51
Statistische Unschärfe (\pm)	2	4

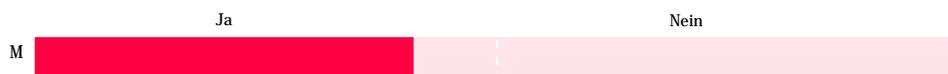


Tabelle 3: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Männer	Frauen
Ja	68	62
Nein	32	38
Statistische Unschärfe (\pm)	2	4



2 Stimmentscheid nach Alter

Tabelle 4: Selbstbestimmungs-Initiative

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	31	36	38	30
Nein	69	64	62	70
Statistische Unschärfe (±)	5	4	4	6

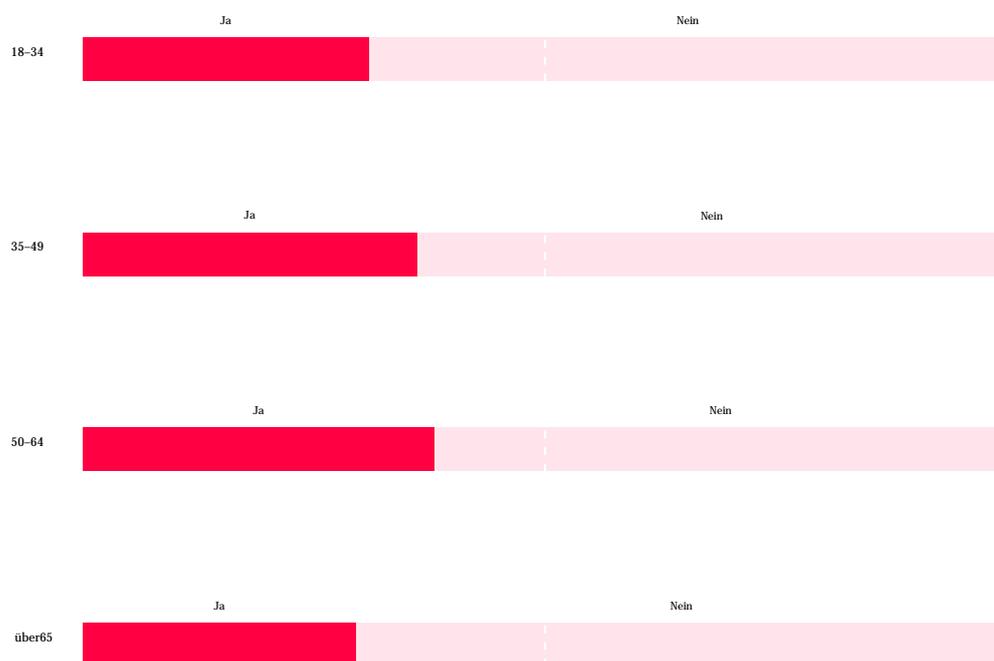


Tabelle 5: Hornkuh-Initiative

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	36	42	49	53
Nein	64	58	51	47
Statistische Unschärfe (±)	5	4	4	6

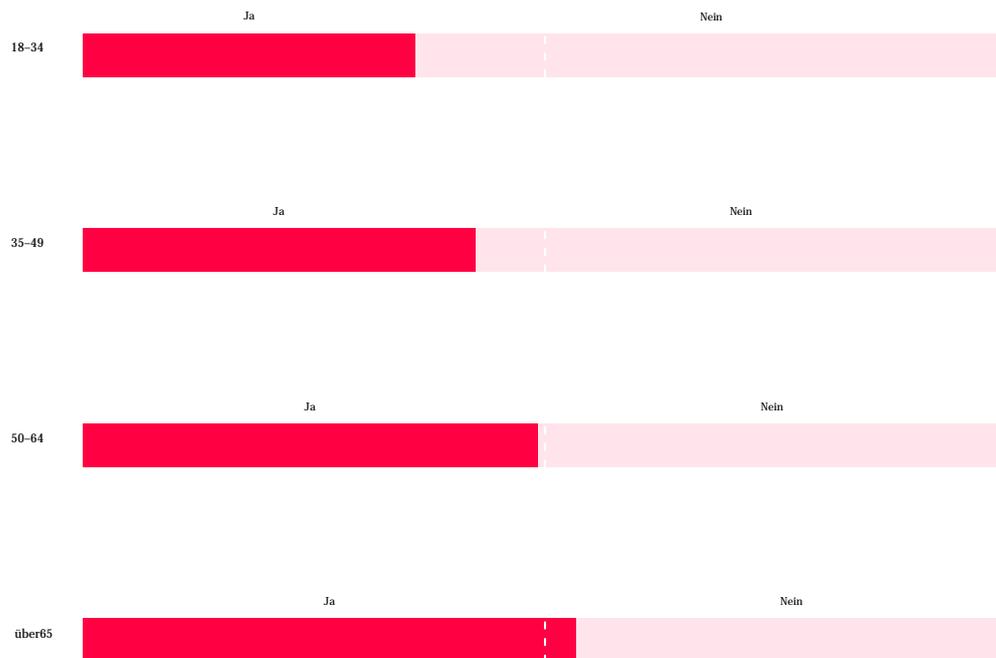
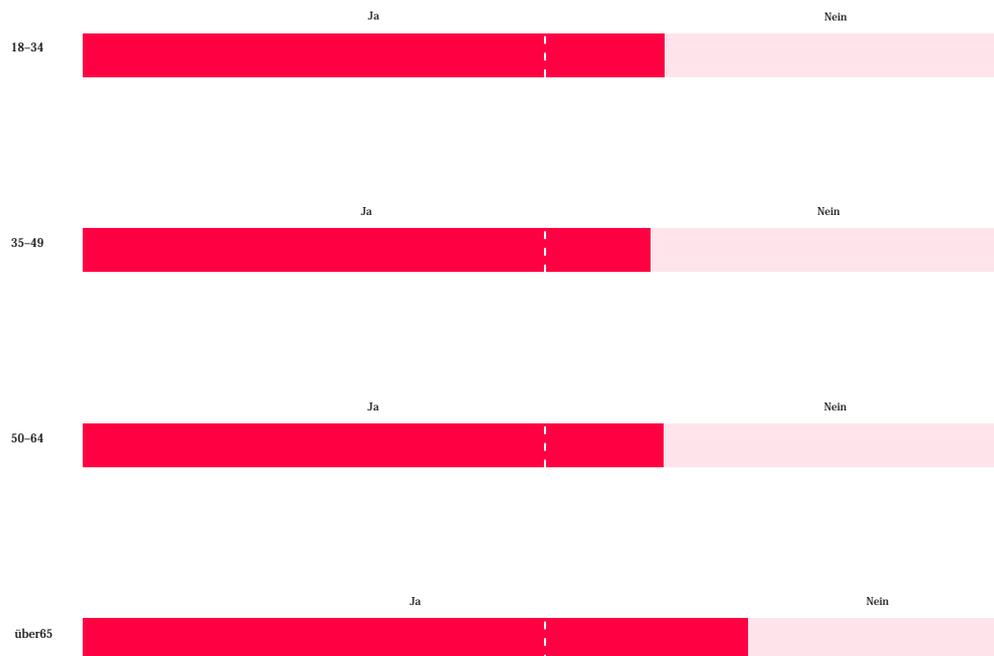


Tabelle 6: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	63	61	63	72
Nein	37	39	37	28
Statistische Unschärfe (±)	5	4	4	6



3 Stimmentscheid nach Parteien

Tabelle 7: Selbstbestimmungs-Initiative

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	18	14	6	83	6	9	6
Nein	82	86	94	17	94	91	94
Statistische Unschärfe (\pm)	5	8	5	4	10	17	8

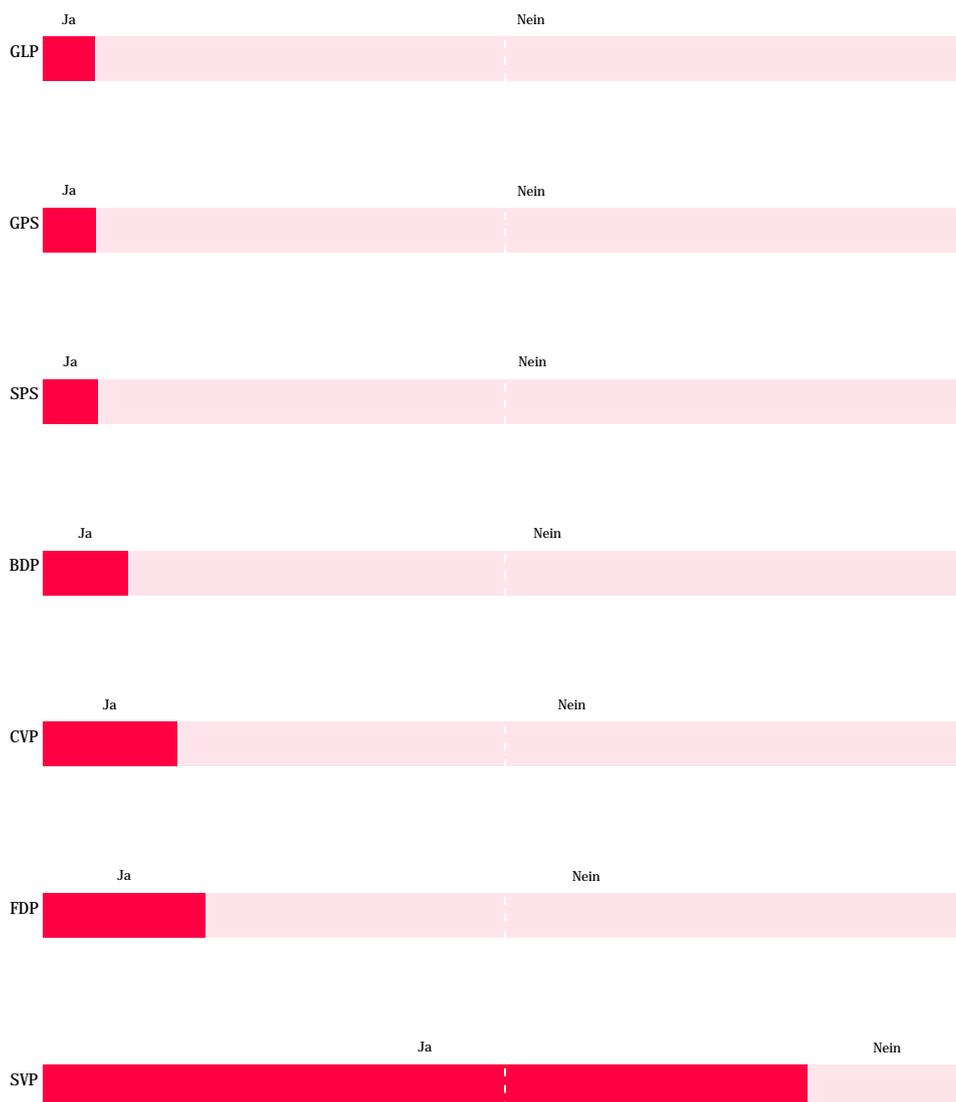


Tabelle 8: Hornkuh-Initiative

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	33	37	47	50	69	31	44
Nein	67	63	53	50	31	69	56
Statistische Unschärfe (±)	5	8	5	4	10	17	8

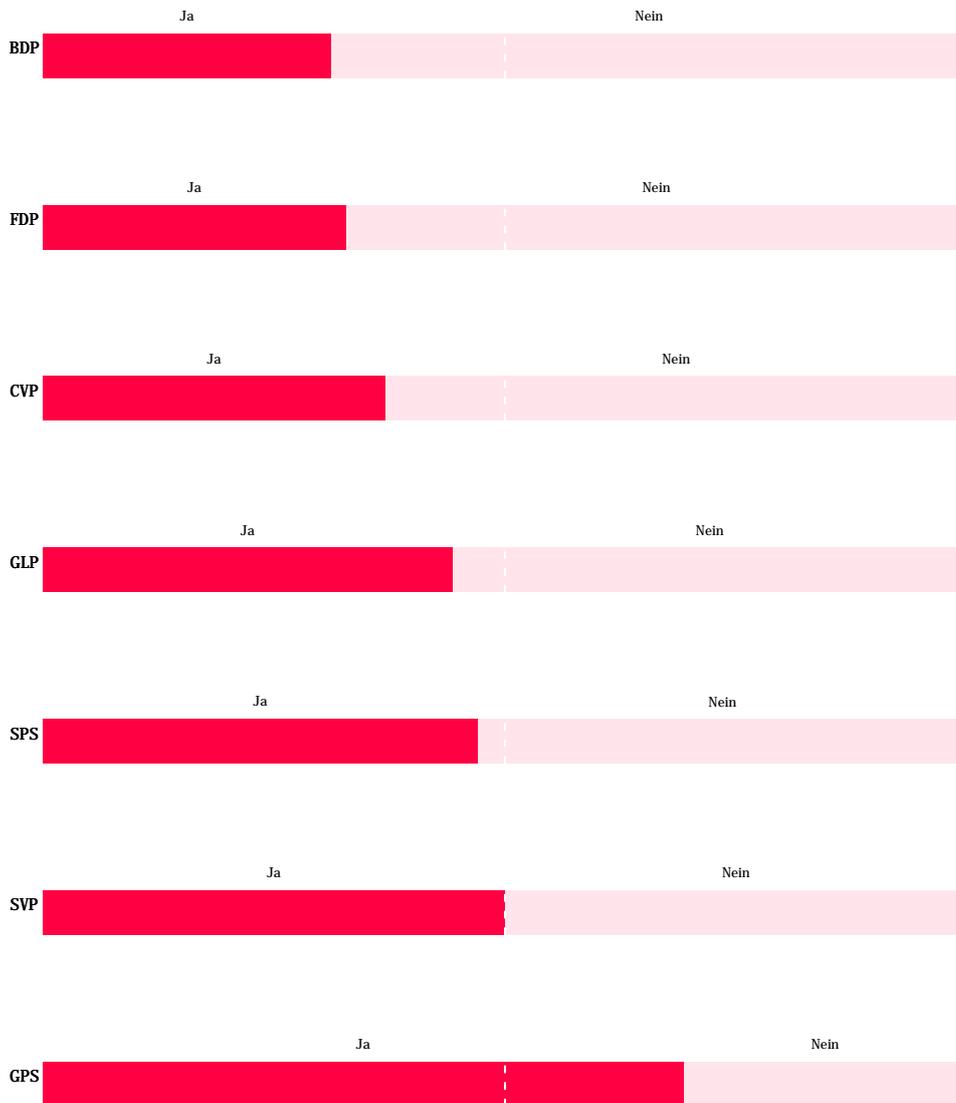
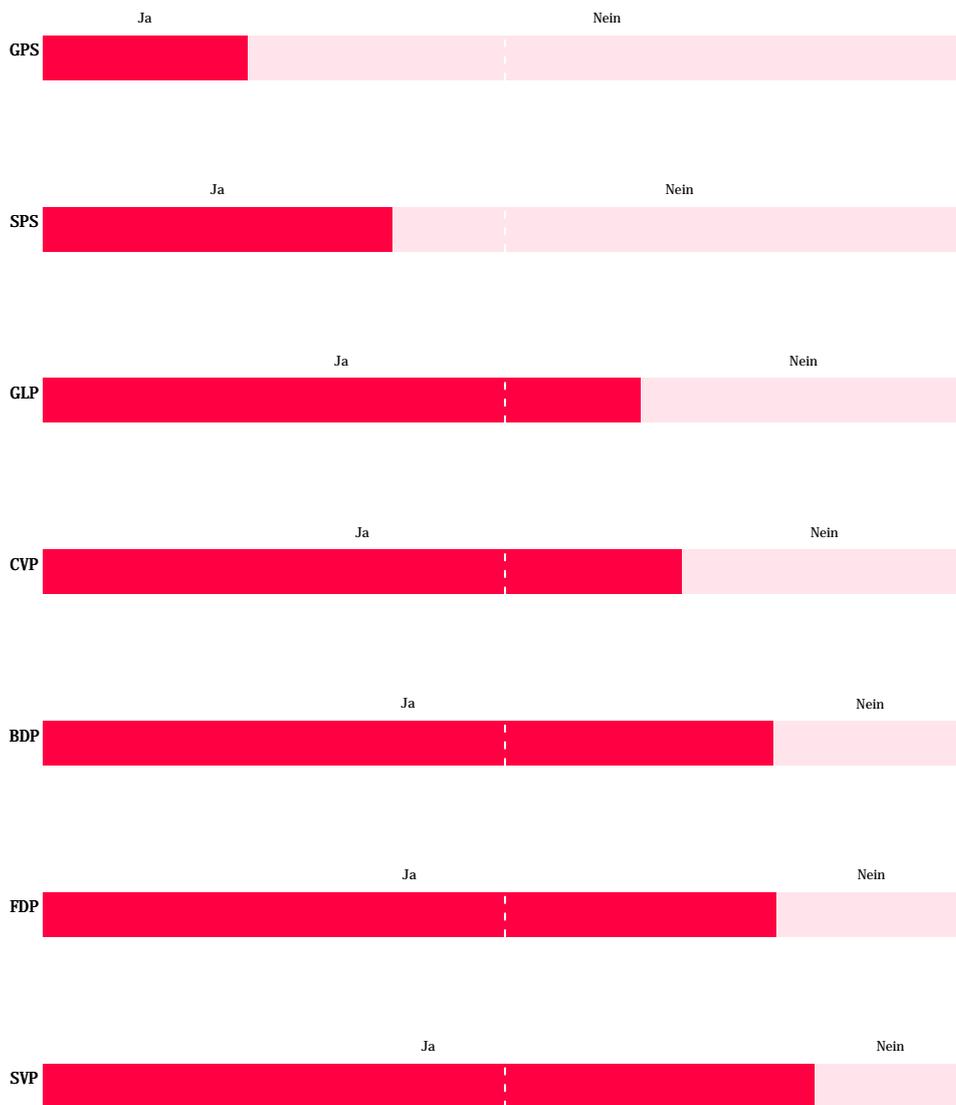


Tabelle 9: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	79	69	38	83	22	79	65
Nein	21	31	62	17	78	21	35
Statistische Unschärfe (±)	5	8	5	4	10	17	8



4 Stimmentscheid nach Wohnort

Tabelle 10: Selbstbestimmungs-Initiative

	Stadt	Agglo	Land
Ja	30	34	36
Nein	70	66	64
Statistische Unschärfe (\pm)	4	4	4

Tabelle 11: Hornkuh-Initiative

	Stadt	Agglo	Land
Ja	51	48	39
Nein	49	52	61
Statistische Unschärfe (\pm)	4	4	4

Tabelle 12: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Stadt	Agglo	Land
Ja	55	67	69
Nein	45	33	31
Statistische Unschärfe (\pm)	4	4	4

5 Stimmentscheid nach Bildung

Tabelle 13: Selbstbestimmungs-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Obligatorische Schule	40	60	8
Berufslehre, Handelsdiplom	40	60	3
(Berufs-)Matur, DMS, Seminar	26	74	4
Höh.Berufsausbildung, höh.Fachschule	34	66	3
Uni/Fachhochschule	17	83	2

Tabelle 14: Hornkuh-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Obligatorische Schule	54	46	8
Berufslehre, Handelsdiplom	43	57	3
(Berufs-)Matur, DMS, Seminar	43	57	4
Höh.Berufsausbildung, höh.Fachschule	41	59	3
Uni/Fachhochschule	41	59	2

Tabelle 15: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Obligatorische Schule	64	36	8
Berufslehre, Handelsdiplom	70	30	3
(Berufs-)Matur, DMS, Seminar	56	44	4
Höh.Berufsausbildung, höh.Fachschule	72	28	3
Uni/Fachhochschule	55	45	2

6 Stimmentscheid nach Einkommen

Tabelle 16: Selbstbestimmungs-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (±)
Weniger als 3000 CHF	35	65	10
Zwischen 3000 und 5000 CHF	39	61	7
Zwischen 5000 und 7000 CHF	35	65	5
Zwischen 7000 und 9000 CHF	35	65	4
Zwischen 9000 und 11000 CHF	27	73	5
Mehr als 11000 CHF	30	70	5

Tabelle 17: Hornkuh-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (±)
Weniger als 3000 CHF	46	54	10
Zwischen 3000 und 5000 CHF	54	46	7
Zwischen 5000 und 7000 CHF	46	54	5
Zwischen 7000 und 9000 CHF	44	56	4
Zwischen 9000 und 11000 CHF	42	58	5
Mehr als 11000 CHF	37	63	5

Tabelle 18: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (±)
Weniger als 3000 CHF	57	43	10
Zwischen 3000 und 5000 CHF	64	36	7
Zwischen 5000 und 7000 CHF	64	36	5
Zwischen 7000 und 9000 CHF	68	32	4
Zwischen 9000 und 11000 CHF	65	35	5
Mehr als 11000 CHF	69	31	5

7 Stimmenscheid nach Links-Rechts Einordnung

(1 = links, 10 = rechts)

Tabelle 19: Selbstbestimmungs-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	26	74	16
2	3	97	10
3	4	96	7
4	7	93	9
5	24	76	6
6	28	72	6
7	47	53	5
8	64	36	6
9	86	14	12
10	82	18	10

Tabelle 20: Hornkuh-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	70	30	16
2	56	44	10
3	47	53	7
4	48	52	9
5	43	57	6
6	37	63	6
7	38	62	5
8	42	58	6
9	48	52	12
10	51	49	10

Tabelle 21: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	24	76	16
2	25	75	10
3	37	63	7
4	56	44	9
5	69	31	6
6	77	23	6
7	79	21	5
8	84	16	6
9	84	16	12
10	82	18	10

8 Stimmentscheid nach Vertrauen in den Bundesrat

(1 = kein Vertrauen, 10 = grosses Vertrauen)

Tabelle 22: Selbstbestimmungs-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	81	19	10
2	61	39	11
3	59	41	7
4	44	56	10
5	37	63	6
6	27	73	6
7	21	79	5
8	10	90	6
9	16	84	8
10	21	79	14

Tabelle 23: Hornkuh-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	62	38	10
2	56	44	11
3	57	43	7
4	48	52	10
5	49	51	6
6	41	59	6
7	41	59	5
8	35	65	6
9	31	69	8
10	47	53	14

Tabelle 24: Gesetz zur Überwachung von Versicherten

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	71	29	10
2	67	33	11
3	65	35	7
4	66	34	10
5	59	41	6
6	65	35	6
7	61	39	5
8	65	35	6
9	77	23	8
10	66	34	14

9 Argumente für und gegen die Selbstbestimmungs-Initiative

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 25: Welches Argument spricht am ehesten für die Selbstbestimmungs-Initiative?

	%
Dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt werden, ist zentral für das Funktionieren unserer Demokratie.	50
Fremde Richter sollen nicht Schweizer Recht umstossen können.	23
Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich internationaler Verträge immer weiter aus, was unsere Souveränität und Volksrechte gefährdet.	21
Ein anderes.	3
Jeden Vertrag sollte man neu verhandeln und anpassen können.	3
Keines.	0
Statistische Unschärfe (\pm)	2

Tabelle 26: Welches Argument spricht am ehesten gegen für die Selbstbestimmungs-Initiative?

	%
Die Schweiz entscheidet schon heute selbst, welche internationalen Verträge sie abschliesst.	23
Die Initiative schwächt den Schutz der Menschenrechte.	23
Unter Umständen müssten Verträge gekündigt werden, die weiterhin im Interesse der Schweiz sind.	19
Gibt es einen Konflikt zwischen der Verfassung und dem Völkerrecht, werden heute in einem demokratischen Prozess gute Lösungen gefunden.	17
Die Initiative ist unklar formuliert und würde zu grosser Rechtsunsicherheit führen.	13
Ein anderes.	3
Keines.	2
Statistische Unschärfe (\pm)	2

10 Argumente für und gegen die Hornkuh-Initiative

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 27: Welches Argument spricht am ehesten für die Hornkuh-Initiative?

	%
Das Enthornen von Kälbern und Ziegen ist Tierquälerei.	48
Die Initiative schafft Anreize für die Bauern und lässt ihnen die freie Wahl. Ein Verbot der Enthornung gibt es nicht.	23
Der Mehraufwand für die Haltung von Tieren mit Hörnern ist fair zu entschädigen.	17
Die Vorlage lässt sich im Rahmen der Tierwohlprogramme des Bundes umsetzen und die Kosten sind überschaubar.	8
Ein anderes.	3
Keines.	1
Statistische Unschärfe (\pm)	2

Tabelle 28: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Hornkuh-Initiative?

	%
Subventionen für diesen Zweck sind unnötig.	42
Tiere mit Hörnern können sich gegenseitig, aber auch Menschen verletzen.	19
Der Bund müsste bis zu 30 Millionen Franken pro Jahr einsetzen. Das führt zu Kürzungen bei anderen Bereichen der Landwirtschaft.	16
Ein anderes.	12
Das Enthornen beeinträchtigt das Tierwohl nicht übermässig.	8
Keines.	3
Statistische Unschärfe (\pm)	2

11 Argumente für und gegen das Gesetz zur Überwachung von Versicherten

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 29: Welches Argument spricht am ehesten für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten?

	%
Die Überwachung erlaubt eine effektive Missbrauchsbekämpfung.	42
Eine effektive Missbrauchsbekämpfung ist im Sinne der ehrlichen Versicherten, die sonst unter Generalverdacht gestellt werden.	37
Der Einsatz von Detektiven war jahrelang Praxis, jetzt wird er einfach auf eine saubere gesetzliche Grundlage gestellt.	14
Das Gesetz setzt enge Grenzen und schützt Versicherte vor willkürlichen oder unverhältnismässigen Observationen.	5
Keines.	1
Ein anderes	1
Statistische Unschärfe (\pm)	2

Tabelle 30: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Gesetz zur Überwachung von Versicherten?

	%
Das Gesetz verletzt die Privatsphäre von uns allen und ist eine Gefahr für den Rechtsstaat.	40
Missbrauch bei Sozialversicherungen kann die Justiz schon heute strafrechtlich verfolgen.	23
Die Detektive hätten mehr Kompetenzen als die Polizei und dürften sogar ins Wohnzimmer filmen.	22
Sozialversicherungen verlangen einen Blankocheck für die Überwachung von Versicherten.	11
Ein anderes.	3
Keines.	1
Statistische Unschärfe (\pm)	2

12 Zusatzfragen zu der Selbstbestimmungsinitiative und dem Uno-Migrationspakt

Tabelle 31: Im Abstimmungskampf um die Selbstbestimmungsinitiative gab der neue, leisere Stil der SVP zu reden. Wie beurteilen Sie diese Kampagne?

	%
Sie ist viel zu brav.	12
Der neue Stil der SVP gefällt mir.	25
Der neue Stil ist nicht glaubwürdig.	41
Weiss nicht.	22
Statistische Unschärfe (\pm)	2

Tabelle 32: In der Debatte um die Selbstbestimmungsinitiative der SVP gab auch der Uno Migrationspakt zu reden: Dieser verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit der Staaten im Bereich der Migration zu stärken und eine «sichere, geordnete und reguläre Migration zum Wohle aller» zu ermöglichen. Er ist rechtlich nicht verbindlich, aber politisch verpflichtend. Soll die Schweiz den Pakt unterzeichnen?

	%
Ja	19
Eher Ja	22
Eher Nein	20
Nein	26
Keine Angabe	13
Statistische Unschärfe (\pm)	2

13 Zusatzfragen SonntagsZeitung (Bundesratswahlen)

Tabelle 33: Wer soll die Nachfolge von Bundesrätin Doris Leuthard antreten? Die CVP schlägt Viola Amherd und Heidi Z'graggen offiziell als Kandidaten vor.

	%
Weiss nicht	27
Viola Amherd	26
Heidi Z'graggen	24
Jemand anderes	16
Gerhard Pfister (auch wenn er nicht von der CVP-Fraktion vorgeschlagen wurde)	7
Statistische Unschärfe (±)	2

Tabelle 34: Wer soll die Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider Ammann antreten? Die FDP schlägt Karin Keller-Sutter und Hans Wicki offiziell als Kandidaten vor.

	%
Karin Keller-Sutter	59
Weiss nicht	21
Jemand anderes	11
Hans Wicki	9
Statistische Unschärfe (±)	2

14 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 9'120 UmfrageteilnehmerInnen (7'393 aus der Deutschschweiz, 1'347 aus der Romandie und 380 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen gewichteten oder ungewichteten Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 2.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 23. – 25. November 2018 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichtet.

15 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der 1. Umfrage-Welle (siehe [Table 35](#), ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 35: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



Konzeption und Durchführung der Tamedia Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Associate Professor an der Universität Salzburg. Er hat seine Doktorarbeit an der Universität Zürich geschrieben, habilitierte an der Universität Salzburg und war für einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton. Zur Zeit ko-kordiniert er das Horizon 2020 Projekt “EMU Choices”, welches die politischen Zusammenhänge der Eurokrise untersucht.

Über Tamedia

Tamedia ist die führende private Schweizer Mediengruppe. Die Digitalplattformen, Tages- und Wochenzeitungen und Zeitschriften von Tamedia bieten Überblick, Einordnung und Selektion. Das 1893 gegründete Unternehmen beschäftigt rund 3'700 Mitarbeitende in der Schweiz, Dänemark, Luxemburg, Deutschland und Österreich und ist seit 2000 an der Schweizer Börse kotiert.

www.tamedia.ch

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.

